



Ihr direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für Nürnberg-Nord

26. April 2020



## Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger!

Auch der Ablauf der jüngsten Sitzungswoche war von den Auswirkungen der Coronapandemie geprägt. Die Sitzungen der Arbeitsgruppen, der CSU-Landesgruppe und der Fraktion fanden via Videokonferenz statt. Die strengen Regeln gelten für alle und das ist auch gut so. Das ist eine neue Erfahrung, die Kommunikation auf diesem

Weg funktioniert aber ausgesprochen gut. Auch meine Mitarbeiter arbeiten im Homeoffice. Wir sind digital ständig im Austausch, damit wir auch unter diesen besonderen Umständen für die Bürgerinnen und Bürger ansprechbar bleiben, Bürgeranfragen beantworten und wichtige Anliegen an die zuständigen Ministerien und Behörden weiterleiten können. Auch mein „Brehm.mobil“, mit dem ich seit fast 3 Jahren in Nürnberg unterwegs bin, um mit den Menschen ins Gespräch zu kommen, muss jetzt in der Garage stehen bleiben. Stattdessen biete ich Telefon- und Onlinesprechstunden in den sozialen Medien, zum Beispiel auf Facebook und Instagram, an. Diese digitale Form des Dialogs kann sicher den persönlichen Kontakt nicht ganz ersetzen, aber sie wird sehr gut angenommen. Auf meiner Webseite [www.sebastianbrehm.de](http://www.sebastianbrehm.de) informiere ich Sie immer aktuell.

Am Mittwoch und Donnerstag tagten die Fachausschüsse und das Plenum. Die notwendigen Mindestabstände wurden strikt eingehalten und nur die zuständigen Berichterstatter waren jeweils im Raum, die anderen Kolleginnen und Kollegen wurden über Video zugeschaltet. Am Donnerstag gab Bundeskanzlerin Angela Merkel eine vielbeachtete Regierungserklärung ab. Die Bundeskanzlerin hat die Bürger auf eine Phase längerer Einschränkungen eingestimmt und deutlich vor Sorglosigkeit gewarnt. Sie würdigte die bisherigen Erfolge im Kampf gegen das Coronavirus, kritisierte aber auch deutlich Bestrebungen, die Einschränkungen im öffentlichen Leben und der Wirtschaft schnell zu lockern. Die Zahlen des Robert Koch-Instituts zeigen, dass es in die richtige Richtung geht. Ich teile die Einschätzung, dass wir aber nur von einem "Zwischenerfolg" sprechen können. Die Situation bleibt trügerisch. Noch ist Deutschland nicht über den Berg. Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder hat es auf den Punkt gebracht: „Wer ständig Geduld von der Bevölkerung einfordert, sollte sie auch als politischer Verantwortlicher zeigen.“ Lautstarke Rufe nach Lockerungen helfen hier nicht weiter.

Die Corona-Krise hat massive Auswirkungen auf unsere Volkswirtschaft – jetzt geht es darum, Unternehmen zu stützen und Arbeitsplätze zu sichern. Der Bundestag hat dafür mehrere Maßnahmenpakete beraten und mit großer Mehrheit beschlossen. An oberster Stelle steht hierbei die Liquiditätssicherung. Im Plenum habe ich in dieser Woche betont, dass es noch weiterer Maßnahmen bedarf. Die Ergebnisse des Koalitionsausschusses sind eine gute Grundlage, wir müssen den Mittelstand jetzt aber auch administrativ entlasten und auch über die Verschiebung beschlossener Vorschriften reden, die unsere Unternehmen jetzt über Gebühr belasten würden.

Viel Spaß beim Lesen und bitte bleiben Sie gesund!

*Herzliche Grüße*

*Ihr Sebastian Brehm, MdB*





CORONA-MASSNAHMEN

## Dobrindt: „Wir brauchen ein Innovationspaket für Europa“

**Europa muss grunderneuert aus dieser Krise herauskommen, um stärker zu sein für die Zukunft. Das hat der Vorsitzende der CSU im Bundestag, Alexander Dobrindt, in seiner Rede zur Regierungserklärung deutlich gemacht.**



© Tobias Koch

Wie im täglichen Leben haben die Bundestagsabgeordneten auch bei der Debatte zur Corona-Krise ausreichend Abstand voneinander gehalten. Während sonst bei einer Regierungserklärung der Plenarsaal gut gefüllt ist, blieb am Donnerstag jeder dritte Platz im Plenarsaal aus Sicherheitsgründen frei. Der Vorsitzende der CSU im Bundestag, Alexander Dobrindt, lobte in seiner Rede die Disziplin der Bürger: Mit ihrer Rücksichtnahme auf die Gesundheit anderer, sorgten sie dafür, dass Deutschland in der Krise besser aufgestellt ist als viele andere Länder.

### **Ja zur Solidarität in Europa - Nein zu Eurobonds**

Es sei richtig, dass Deutschland Solidarität in Europa zeige und dafür Sorge, dass andere Länder auch die Chance haben, besser aus dieser Krise herauszukommen, als wenn sie alleine stünden, betonte Dobrindt. Dass so umfassend geholfen werden könne, sei aber keine Selbstverständlichkeit. Die Sparsamkeit der letzten Jahre mache das erst möglich: „Alle Länder in Europa, die jetzt unsere Hilfe brauchen, sind den Modellen der Verschuldung gefolgt und können sich jetzt alleine nicht mehr retten.“ Deshalb gibt es vom Vorsitzenden der CSU im Bundestag ein klares Nein zu Eurobonds: „Wer sagt, dass die EU mit Schulden zusammengehalten wird, irrt grundsätzlich. Gemeinsame Schulden einen nicht, sie trennen uns in Europa. Deshalb müssen wir verhindern, dass es Eurobonds gibt.“



Zugleich richtete Dobrindt den Blick nach vorne : „Wir brauchen ein Innovationspaket für Europa. Denn: Es geht nicht darum, dass wir „glimpflich“ aus dieser Krise herauskommen. Europa muss nicht glimpflich, sondern grunderneuert aus dieser Krise herauskommen, um stärker zu sein für die Zukunft – mit Innovationen im Bereich der Digitalisierung, der Robotik, der Medizin und der neuen Technologien“, so der Vorsitzende der CSU im Bundestag.

Damit Deutschland weiterhin gut durch diese Corona-Krise kommt, wurden bereits in der Nacht zum Donnerstag wichtige Weichen gestellt: „Wir haben im Koalitionsausschuss weitreichende Entscheidungen getroffen, die stärkere Hilfen für den Mittelstand, stärkere Hilfen für die Arbeitnehmer und eine Starthilfe für die Gastronomie beinhalten“, kündigte Dobrindt im Bundestag an.

### **Mehrwertsteuer-Senkung für Gastronomen**

Unsere Dorfwirtschaften dürften nicht sterben, betonte der Vorsitzende der CSU im Bundestag: „Wir brauchen als Gesellschaft zukünftig auch wieder Orte der Begegnung, Orte des Zusammenkommens, Orte, wo gesellschaftliches Leben wieder stattfindet, wie wir es gewohnt waren. Dazu gehören Gaststätten und Restaurants. Deswegen muss man dafür sorgen, dass diese Gaststätten und Restaurants eine Überlebenschance haben, wenn sie wieder an den Start gehen und Verluste, die sie in der Zeit des Lockdowns gemacht haben, ausgleichen können. Deswegen ist es so wichtig, dass wir die Mehrwertsteuer absenken, damit dann, wenn das gesellschaftliche Leben wieder stattfindet, die Chance auf dauerhaftes Überleben der Gastronomie möglich ist.“



© Tobias Koch





**SEBASTIAN BREHM**

**Für Nürnberg in Berlin**

KOALITIONSAUSSCHUSS

## Neues Milliarden-Paket gegen Corona-Krise

**Beim Treffen des Koalitionsausschusses einigten sich die Spitzen von CSU, CDU und SPD auf weitere Milliarden-Hilfen zur Bekämpfung der Corona-Krise.**



© picture alliance / SULUPRESS.DE

### **Kurzarbeitergeld rauf! Steuern für Gastro-Branche runter!**

Sieben Beschlüsse nach acht Stunden Verhandlungen - das ist das Ergebnis des Koalitionsausschusses, der in der Nacht zum Donnerstag im Kanzleramt zu Ende gegangen ist. Für die CSU im Bundestag nahm unser Vorsitzender Alexander Dobrindt an den Verhandlungen teil. Der klare und energische christsoziale Kurs spiegelt sich auch in den Ergebnissen wieder: Wer länger in Kurzarbeit gehen muss und maximal 50 Prozent arbeiten kann, bekommt künftig 70 Prozent Kurzarbeitergeld vom Staat (mit Kind 77 Prozent), ab dem 7. Monat sind es sogar 80 Prozent (mit Kind 87 Prozent). Damit ist sichergestellt, dass betroffene Arbeitnehmer bei einer längeren Dauer einen höheren Satz erhalten. Dazu besteht ab dem 1. Mai bis Ende des Jahres für alle Berufe eine Hinzuverdienstmöglichkeit ohne Abzüge, begrenzt auf das bisherige volle Monatseinkommen.





Auch der Gastronomie in Deutschland wird unter die Arme gegriffen. Vor allem Gastro-Betriebe leiden aktuell unter erheblichen Einbußen, seit Cafés, Restaurants und Bars geschlossen bleiben müssen. Deshalb kam die Forderung auf, für Gastro-Betriebe vorübergehend die Mehrwertsteuer zu senken.

Alexander Dobrindt stellte im Vorfeld der Verhandlungen im Kanzleramt die besondere Rolle der Gastronomie heraus: „Gerade Gaststätten und Cafés kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, um als Gesellschaft im Nach-Corona-Alltag emotional anzukommen und wieder real zusammenzuwachsen. Wir wollen deshalb die Voraussetzungen schaffen für positive Startbedingungen in der Gastronomie. Eine reduzierte Mehrwertsteuer für die Gastronomie würde dazu einen Beitrag leisten.“ Dieser klare Standpunkt zahlte sich aus: Die Mehrwertsteuer für Speisen in der Gastronomie wird auf sieben Prozent gesenkt, befristet bis zum 30. Juni 2021. In Summe bedeutet die Steuersenkung eine Entlastung von vier Milliarden Euro.



Rede von CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt, MdB  
(zum Ansehen bitte auf die Grafik klicken)





BUNDESWEHREINSATZ

## Bundeswehr bald vor Libyens Küste

**Die Bundeswehr soll an der EU-Mission „Irimi“ teilnehmen. Ziel der Mission ist es, den Waffenschmuggel in das Bürgerkriegsland Libyen einzudämmen.**



© picture alliance / Ansgar Haase / dpa

Die Bundeswehr wird bald an einem neuen Auslandseinsatz teilnehmen. Bis zu 300 deutsche Soldaten sollen sich nach dem Willen der Bundesregierung an der EU-geführten Mittelmeer-Mission „Irimi“ beteiligen. Der Bundestag, dessen Zustimmung für Auslandseinsätze zwingend erforderlich ist, debattierte am Donnerstag erstmalig über den Antrag, den das Kabinett am Mittwoch beschlossen hatte. Die finale Entscheidung soll bereits Anfang Mai fallen, es wird mit breiter Zustimmung im Parlament gerechnet. Ein von den Vereinten Nationen verhängtes Waffenembargo wird seit Jahren immer wieder gebrochen. Die Bundeswehr soll nun dabei helfen, durch luft-, satelliten- und seegestützte Mittel Informationen über die illegale Einfuhr von Rüstungsgütern nach Libyen zu sammeln. Verdächtige Schiffe dürfen angehalten und durchsucht, gefundene Waffen beschlagnahmt werden. In dem Bürgerkriegsland führt der abtrünnige General Chalid Haftar seit April 2019 eine Offensive gegen die Hauptstadt Tripolis und die international anerkannte Einheitsregierung von Premier Fajis al Sarradsch. Die Mission soll auch zudem überwachen, dass kein Erdöl illegal aus Libyen exportiert wird und nebenbei einen Beitrag zur Aufdeckung und Beobachtung von Schleuser- und Menschenhändlernetzwerken leisten. Die deutsche Beteiligung wird wie bei anderen Missionen zunächst auf ein Jahr befristet, danach muss der Bundestag neu entscheiden.



PLENARREDE

## Sebastian Brehm fordert weitere Unterstützung für die Wirtschaft

Die Coronapandemie ist die größte wirtschaftliche Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg. Die Bundesregierung hat in einem Rekordtempo Maßnahmen ergriffen, um die drohende Zahlungsunfähigkeit von Unternehmen zu verhindern. Im Bundestag hat Sebastian Brehm in seiner Plenarrede weitere Vorschläge unterbreitet, die er gemeinsam mit seinem Fraktionskollegen Fritz Güntzler erarbeitet hat. Dazu gehört auch die Verschiebung der Frist für die Anschaffung der sogenannten "TSE-Kassen". „Wir müssen den Mittelstand vor allem auch administrativ entlasten!“, forderte Sebastian Brehm.

**Die vollständige Plenarrede können Sie sich hier anschauen:**



**Sebastian Brehm, MdB | Dipl.-Kfm., Steuerberater**

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

☎ 030-227-74074 • Fax 030-227-70072

✉ [sebastian.brehm@bundestag.de](mailto:sebastian.brehm@bundestag.de)

[www.sebastianbrehm.de](http://www.sebastianbrehm.de)



Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Alle Fotorechte Sebastian Brehm, MdB, falls nicht anders angegeben.